

**Waltraud Blarr**

Fraktionsvorsitzende

fon 06327-3364

fax 06327-507668

eMail [waltraud.blarr@t-online.de](mailto:waltraud.blarr@t-online.de)

22.03.2012

## **Resolution zur Stadtratssitzung am 27.03.2012**

### **Stadtrat Neustadt für Verlässlichkeit beim Ausbau der Erneuerbaren Energien**

Über Nacht hat die Bundesregierung 100 Millionen Euro für die Erneuerbaren Energien im Marktanreizprogramm zusammengestrichen. Ebenfalls stark gekürzt wurden die Mittel für die Forschung im Bereich der Erneuerbaren Energien (9 Millionen Euro) sowie für die Energieeffizienz (10,5 Mio. Euro). Von der beabsichtigten Mittelkürzung betroffen ist nicht nur der Stromsektor, darunter die Windenergie, Photovoltaik und Geothermie, sondern auch die dringend notwendige Forschung für die Stromspeicherung.

Besonders die Kürzungen des EEG in der Photovoltaik sind problematisch. So wurde die für den Juli geplante Kürzung der Photovoltaik-/Solarförderung um 15-% nun auf den 1. April vorgezogen und auf fast 30 % erhöht. Dabei ist ein Absenken der Vergütung unstrittig. Aber sowohl die Unberechenbarkeit als auch den drastische Umfang der Kürzungen halten wir für falsch. Da die Kosten für die handwerklichen Leistungen der Installation nahezu konstant bleiben, wirken sich die geplanten 30%-igen Kürzungen für das Material wesentlich stärker aus und sind durch Kostensenkungen nicht aufzufangen. Energiewirtschaft, private Interessenten, mittelständiges Handwerk und Netzbetreiber brauchen eine langfristig verlässliche Planungsgrundlage.

Mittelkürzungen sind nur in dem Rahmen akzeptabel, in der die Module in den letzten Jahren durch technischen Fortschritt und Massenproduktion billiger geworden sind. Außerdem müssen sie langfristig absehbar und berechenbar bleiben, damit private Investoren nicht um einen wesentlichen Teil ihrer fest eingeplanten Einnahmen gebracht werden.

Vor allem die vorgesehenen Verordnungsermächtigungen nach §§ 64g und 64h, die der Bundesregierung weitgehende Eingriffe in die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ohne die Zustimmung des Bundestages ermöglichen, müssen entfallen. Mit dieser Änderung wäre sowohl Unternehmen als auch Betreibern die jegliche Planungsgrundlage entzogen.

Der Stadtrat Neustadt der Stadt Neustadt an der Weinstraße fordert daher die Bundes- und die Landesregierung auf, eine mittelfristige Planung für die Senkung der Vergütungen zu erarbeiten, die sich an der Kostenentwicklung der PV, einem netzverträglichen Zubau und dem Strombedarf orientiert. Eine Kürzung der Mittel für die Forschung im Bereich der Erneuerbaren Energien sowie für die Energieeffizienz ist nicht vertretbar.